

Bekanntmachungen

von

Departementen und andern Verwaltungsstellen des Bundes.

Kreisschreiben des schweizerischen Bundesgerichts

an die

kantonalen Aufsichtsbehörden für Schuldbetreibung und
Konkurs für sich und zuhanden der unteren Aufsichts-
behörden und der Konkursämter.

Kreisschreiben Nr. 10.

Gegenstand: Kollokation der gemäss Art. 291 SchKG
wieder in Kraft tretenden Forderung des Anfechtungs-
beklagten.

(Vom 9. Juli 1915.)

Tit.

Artikel 291 des Schuldbetreibungs- und Konkursgesetzes
bestimmt in Absatz 2:

„Bestand die anfechtbare Rechtshandlung in der Tilgung
einer Forderung, so tritt dieselbe mit der Rückerstattung des
Empfangenen wieder in Kraft.“

Im Konkursverfahren — die Verhältnisse, die bei einer An-
fechtungsklage ausserhalb des Konkursverfahrens entstehen, sind
durch die Gerichtspraxis noch nicht abgeklärt und müssen daher
ausser Berücksichtigung bleiben — erhält der Anfechtungsbeklagte
mit der Rückgabe des zur Tilgung seiner Forderung anfechtbar
Empfangenen somit kraft Gesetzes das Anrecht auf Teilnahme
am Konkursergebnis für diese Forderung gleich den anderen ge-
wöhnlichen Konkursgläubigern. Wird die Anfechtungsklage von
der Konkursmasse angestrengt, so fällt der Prozessgewinn in die

allgemeine Masse; sie kann daher natürlich vor Erledigung des Prozesses den Konkurs nicht schliessen und der Anfechtungsbeklagte hat somit die Möglichkeit, seinen Anspruch auf Teilnahme am Liquidationsergebnis noch durch eine nachträgliche Konkurs eingabe anzumelden und eine nachträgliche Kollokation der wiederauflebenden Forderung zu verlangen.

Sind bereits Abschlagszahlungen an die Konkursgläubiger erfolgt, so kann er allerdings nach dem Entscheide der Schuldbetreibungs- und Konkurskammer vom 10. Juli 1912 — Separat- ausgabe Bd. XV, Nr. 52 — an diesen nicht mehr partizipieren und ist daher schon in diesem Falle, ohne sein Verschulden, schlechter gestellt als die anderen Gläubiger. Noch schlimmer wird seine Stellung, wenn die Masse, wie es sehr häufig geschieht, die Durchführung des Anfechtungsprozesses gemäss Art. 260 des Gesetzes einzelnen Gläubigern überlässt. Dann kann es, selbst wenn die Konkursmasse diesen Gläubigern zur Klageanhebung eine peremptorische Frist setzt, doch vorkommen, dass der Konkurs geschlossen wird, bevor der Anfechtungsprozess rechtskräftig erledigt ist. In einem solchen Falle ist dem Anfechtungsbeklagten durch die Bestimmung des Art. 251, wonach verspätete Konkurs- eingaben nur bis zum Schlusse des Konkurses noch angebracht werden können, die Möglichkeit genommen, aus der allgemeinen Konkursmasse, die bereits verteilt ist, noch die Dividende für seine, durch die Rückgabe der angefochtenen Tilgung wieder aufgelebte Forderung zu verlangen.

Da es nun aber nicht vom Belieben des Anfechtungsklägers bzw. von dem Umstande, ob die Masse oder einzelne Konkursgläubiger nach Art. 260 klagend auftreten und im letzteren Falle, von dem Zeitpunkt, an dem es ihnen beliebt, die Klage auszuspielen, abhängen darf, ob der Anfechtungsbeklagte seine Rechte gegenüber der Konkursmasse ausüben könne oder nicht, so hat die II. Zivilabteilung des Bundesgerichts in einem Entscheide vom 27. Januar 1915 in Sachen Reber gegen Schürch (AS. Bd. 41 III, Nr. 16) festgestellt, dass der Anfechtungsbeklagte in diesen Fällen die Möglichkeit haben müsse, seinen Anspruch auf die konkursmässige Dividende der Anfechtungsklage als *Einrede* entgegenzuhalten. Das Bundesgericht hat damit ausgesprochen, dass das durch die Anfechtungsklage erstrittene *neue* Massevermögen *in erster Linie zur Deckung des Dividendenanspruchs des Anfechtungsbeklagten* zu verwenden und als Prozessgewinn in diesen Fällen nicht der volle Betrag der getilgten Forderung, sondern nur die Differenz zwischen diesem und der Summe, auf

welche der Anfechtungsbeklagte als gewöhnlicher Konkursgläubiger Anspruch hat, zu betrachten sei.

Das hat allerdings zur Voraussetzung, dass die Forderung als solche in ihrem Bestande von keiner Seite angefochten ist. In dem zitierten Entscheide konnte das Bundesgericht nach den gegebenen Verhältnissen annehmen, dass eine solche Anfechtung ausgeschlossen sei, auch ohne dass ein Kollokationsverfahren darüber ergangen war und in den meisten Fällen wird sich die Sache wohl ähnlich verhalten. Immerhin hat ein von der Schuldbetreibungs- und Konkurskammer jüngst behandelter Fall doch gezeigt, dass die Ausschaltung des Kollokationsverfahrens für die wiederauflebende Forderung unter Umständen zu einer nicht in allen Teilen befriedigenden Situation führen kann. Die Schwierigkeiten können nun aber leicht dadurch vermieden werden, dass die *Konkursverwaltung in jedem Falle, wo sie entweder selbst oder durch Ueberlassung der Prozessführung an einzelne Gläubiger eine Anfechtungsklage wegen einer anfechtbaren Tilgung erhebt, gleichzeitig sich auch für den Fall der Gutheissung der Anfechtungsklage schon im Kollokationsplan über die Zulassung oder Abweisung der dann wieder auflebenden Forderung ausspricht* und dadurch jedem Beteiligten die Gelegenheit gibt, die Frage durch einen Kollokationsprozess dem zuständigen Richter zum Entscheide vorzulegen. Allerdings können dann diese beiden Klagen — der Kollokations- und der Anfechtungsstreit — nicht nebeneinander geführt werden, da der erstere im Falle der Abweisung des letzteren gegenstandslos wird. Es wird daher der Kollokationsstreit bis zum Austrag des Anfechtungsprozesses einzustellen sein. Dagegen erscheint, wenn so vorgegangen wird, eine Sistierung der Verteilung und ein Aufschub des Konkurschlusses bis zur Erledigung des Anfechtungsprozesses nicht mehr notwendig. Denn im Falle der Gutheissung der Anfechtungsklage kann der Anfechtungsbeklagte seinen Dividendenanspruch, auch wenn er im Prozesse die Kompensationseinrede nicht erhoben hat, gestützt auf die bedingte, nun in Wirksamkeit tretende Kollokation geltend machen und ihn entweder von der gemäss dem Anfechtungsurteil zurückzuerstattenden Leistung in Abzug bringen, oder, wenn das Konkursamt die Verteilung unter die Anfechtungskläger besorgt, bei diesem zur Berücksichtigung bei der Verteilung anmelden.

Wir laden Sie daher ein, die Konkursämter Ihres Kantons dahin zu instruieren, dass sie in allen Fällen, wo in einem Konkurs *die Tilgung einer Forderung an den Kridaren nach den Grundsätzen der Art. 287—288 angefochten wird, im Sinne der*

vorstehenden Ausführungen vorzugehen und ohne besonderes Begehren des Anfechtungsbeklagten im Kollokationsplan auch über die Anerkennung oder Bestreitung der im Falle der Guttheissung der Anfechtungsklage wieder auflebenden Forderung eine für diesen Fall bedingte Verfügung zu erlassen und dem Anfechtungsbeklagten im Falle der Guttheissung der Anfechtungsklage für die im Kollokationsverfahren festgestellte, wieder auflebende Forderung die konkursmässige Dividende aus dem Ergebnis des Anfechtungsprozesses vorweg zuzuwenden.

Mit Hochachtung!

Im Namen des schweiz. Bundesgerichts,

Der Präsident:

Honegger.

Der Gerichtsschreiber:

Dr. Nicola.

II. Nachtrag zum Verzeichnis der Waren, deren Ausfuhr verboten ist.

Die durch Bundesratsbeschluss vom 16. dies erweiterten Ausfuhrverbote sind in einem auf den gleichen Tag bereinigten II. Nachtrag zum Verzeichnis vom 15. Juni zusammengestellt worden, welcher bei der unterzeichneten Amtsstelle, sowie bei den Zollkreisdirektionen in Basel, Schaffhausen, Chur, Lugano, Lausanne und Genf gratis erhoben werden kann. Für die Zustellung per Post sind als Portogebühr 5 Rp. einzusenden.

Der Preis des Verzeichnisses mit Nachträgen beträgt 30 Rp., per Post zugesandt 35 Rp.

Bern, den 20. Juli 1915.

(2.).

Schweiz. Oberzolldirektion.

Verwendung reverspflichtiger Waren.

Die Geschäftsfirmen, welche bei der Schweizerischen Oberzolldirektion Konsumenten-Reverse hinterlegt haben, werden neuerdings darauf aufmerksam gemacht, dass die unter Reversbegünstigung zu einem ermässigten Zollansatze beziehungsweise zollfrei zugelassenen Waren nur im eigenen Geschäftsbetrieb und ausschliesslich zu den im Revers an-

Bekanntmachungen von Departementen und andern Verwaltungsstellen des Bundes.

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1915
Année	
Anno	
Band	3
Volume	
Volume	
Heft	30
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	28.07.1915
Date	
Data	
Seite	51-55
Page	
Pagina	
Ref. No	10 025 804

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les. Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.

PUBLICATIONS

DES

DEPARTEMENTS ET D'AUTRES ADMINISTRATIONS DE LA CONFÉDÉRATION

Circulaire n° 10

du

Tribunal fédéral suisse aux autorités cantonales de
surveillance des offices de poursuite et de faillite
à charge de communication aux autorités inférieures
de surveillance et aux offices de faillites.

(Du 9 juillet 1915.)

L'article 291, alinéa 2, de la loi sur la poursuite pour dettes et la faillite, statue: « Le créancier qui a restitué ce qui lui a été payé en vertu d'un acte nul, rentre dans ses droits ».

En matière de faillite — la pratique des tribunaux n'ayant pas encore déterminé les conséquences des actions révocatoires introduites en dehors de la procédure de faillite, nous devons laisser de côté cette partie de la question, — la personne à qui une action révocatoire a été intentée et qui a restitué ce qu'elle avait reçu en paiement de sa créance, a le droit, à teneur de la loi, de participer pour celle-ci à la répartition du produit de la liquidation au même titre que les créanciers ordinaires de la faillite. Lorsque l'action révocatoire a été intentée par la masse en faillite elle-même, le produit du procès lui est acquis, et, comme la faillite n'a pu naturellement être clôturée avant la fin du litige, le défendeur à l'action révocatoire pourra faire valoir son droit à participer au produit de la masse, au moyen d'une production complémentaire et en exigeant, pour sa créance, le dépôt d'un nouvel état de collocation.

A la vérité, s'il a déjà été procédé à des répartitions provisoires, il ne pourra y participer à teneur de l'arrêt rendu par la Chambre des poursuites et des faillites du 10 juillet

1912 (Edit. sép. vol. XV, n° 52) et se trouvera dans ce cas déjà placé, sans sa faute, dans une situation plus défavorable que celle des autres créanciers. Sa situation sera plus mauvaise encore lorsque la masse, comme cela arrive très fréquemment, aura cédé à quelques créanciers individuellement, aux termes de l'art. 260 de la loi, le droit d'exercer l'action révocatoire. Dans ce cas, en effet, même si la masse a imparti à ces créanciers un délai péremptoire pour intenter action, il pourra arriver que la clôture de la faillite soit prononcée avant que l'action elle-même soit terminée. En pareille éventualité, le défendeur à l'action révocatoire ne pourra plus, en vertu de l'art. 251 L. P., d'après lequel les productions en retard ne sont admises que jusqu'à la clôture de la faillite, exiger de la masse, dont le produit aura déjà été réparti, le dividende auquel il aurait droit pour la créance qu'il serait fondé à faire valoir après restitution par lui de la somme qu'il avait reçue.

On ne saurait cependant faire dépendre la possibilité, pour le défendeur à l'action révocatoire, de faire valoir ses droits dans la masse en faillite, ni du bon plaisir du demandeur, ni de la circonstance que ce sera la masse elle-même qui intentera action et non pas certains créanciers seulement en vertu de l'art. 260, ni enfin, dans cette dernière éventualité, du moment où il conviendrait à ceux-ci de l'introduire. C'est pour cette raison que la II^e section civile du Tribunal fédéral a décidé, dans un arrêt du 27 janvier 1915, en la cause Reber contre Schürch (R. O. vol. 41, III, n° 16), que, dans ce cas, le défendeur pourra faire valoir son droit au dividende réparti dans la faillite, au moyen d'une exception opposée à l'action révocatoire. Le Tribunal fédéral a admis ainsi que les nouveaux biens acquis à la masse par le moyen de l'action révocatoire doivent servir *en premier lieu à couvrir le droit du défendeur au dividende*; dans ce cas, le produit net de l'action révocatoire ne comprend pas la totalité de la créance qui avait été payée, mais seulement la différence existant entre cette créance et la somme à laquelle avait droit, comme créancier ordinaire, le défendeur à l'action révocatoire.

Cette manière de procéder part de l'idée que la créance du défendeur à l'action révocatoire n'est contestée comme telle par personne. Dans l'arrêt cité plus haut, les circonstances de la cause avaient permis au Tribunal fédéral d'exclure même la possibilité d'une contestation de ce genre, de sorte qu'il n'y avait pas lieu de prévoir le dépôt d'un

état de collocation; il en sera sans doute de même dans la plupart des cas. La Chambre des poursuites et des faillites a cependant constaté, à propos d'un cas récent, que la suppression de la procédure de collocation pour les créances de cette espèce n'aurait pas toujours des conséquences absolument satisfaisantes. Les difficultés qui pourraient se produire pourront néanmoins être facilement évitées si, *chaque fois qu'une action révocatoire est introduite soit par la masse elle-même, soit par des cessionnaires, contre certains créanciers, à propos d'un paiement annulable, l'administration statue en même temps, pour le cas où l'action révocatoire serait admise, sur l'acceptation ou le rejet de la créance qui devrait alors être reconnue au défendeur*, et donne ainsi à tous les ayants-droit l'occasion de soumettre cette dernière question au juge compétent, par la voie d'un procès en contestation d'état de collocation. A la vérité, ces deux actions — soit l'action en contestation d'état de collocation et l'action révocatoire — ne pourront être instruites simultanément, puisque la première sera sans objet dans le cas où la seconde sera écartée, et qu'elle devra donc être suspendue jusqu'à jugement sur la deuxième. Il ne semble par contre pas nécessaire d'ordonner la suspension de la répartition et de renvoyer la clôture de la faillite jusqu'après prononcé sur l'action révocatoire. En effet, si celle-ci est déclarée bien fondée, le défendeur, même s'il n'avait pas soulevé l'exception de compensation, pourra néanmoins faire valoir son droit au dividende, parce qu'il aura été admis à l'état de collocation avec une condition actuellement réalisée; il pourra en conséquence déduire le montant de ce dividende de la somme qu'il aura été condamné à restituer, ou bien il pourra, quand l'office des faillites devra procéder à la répartition de cette même somme entre les divers demandeurs au procès, s'annoncer pour être admis à y participer.

Nous vous invitons en conséquence à donner aux offices des faillites de votre canton les instructions nécessaires pour procéder dans le sens des indications données plus haut, chaque fois que dans une faillite *le paiement d'une créance par le failli est contesté en vertu des art. 287 et 288 L. P., soit de statuer conditionnellement dans l'état de collocation, même sans production spéciale du créancier attaqué, sur la reconnaissance ou la contestation de la créance qu'en cas de perte du procès il serait alors à nouveau en droit de faire valoir, et de lui attribuer à l'avance pour cette même éventualité et sur le produit de l'action révocatoire, un dividende*

de faillite correspondant à la créance ainsi admise dans l'état de collocation.

Veuillez agréer, Tit., l'assurance de notre haute considération.

Lausanne, le 9 juillet 1915.

Au nom du Tribunal fédéral suisse :

Le président, Honegger.

Le greffier, Dr Nicola.

Département de l'intérieur.

Concours international.

Avis aux intéressés.

Par suite d'un legs testamentaire, le ministre de l'instruction publique du royaume d'Italie ouvre un concours international en vue de la composition d'un ouvrage en langue italienne destiné à combattre les haines de races et de religions, en particulier l'antisémitisme.

Les travaux doivent être envoyés audit ministère avant le 1^{er} février 1916.

Un prix de dix mille francs sera décerné à celui qui sera jugé le meilleur.

On peut se procurer le programme du concours à la chancellerie du département suisse de l'intérieur.

Berne, le 26 juin 1915.

[2..]

Département suisse de l'intérieur.

Département des finances et des douanes.

Administration des douanes.

Emploi de marchandises importées avec déclaration de garantie.

Il est rappelé de nouveau aux maisons de commerce qui ont remis à la direction générale des douanes suisses une

PUBLICATIONS DES DEPARTEMENTS ET D'AUTRES ADMINISTRATIONS DE LA CONFÉDÉRATION

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1915
Année	
Anno	
Band	3
Volume	
Volume	
Heft	30
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	28.07.1915
Date	
Data	
Seite	55-59
Page	
Pagina	
Ref. No	10 080 716

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les. Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.